

Schlachter will „Nachhilfeunterricht“ geben

Grüner gibt sich gelassen nach JU-Kritik

RIEDLINGEN (sz) - Als „putzig“ hat der Landtagsabgeordnete Eugen Schlachter Kritik von der Jungen Union Riedlingen bezeichnet. Die JU sei aber nicht richtig informiert, und er wolle, wie er schreibt, den „jungen Leuten einfach verzeihen“.

Falsch sei etwa, dass die Grünen gegen S21 seien, um das bei einem Bauabbruch freiwerdende Geld anderen Ländern mit grüner Regierungsbeteiligung „zuzuschanken“, wie Mario Wied von der JU es ausgedrückt hatte. Richtig sei, dass die Grünen kein Bahnprojekt verhindern wollten: „Wir wollen ein besseres Konzept und eine verfassungskonforme Finanzierung“. Verfassungswidrig nämlich sei die Finanzierung von S 21: An dem Projekt und an der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen sei geregelt, dass das Land mit 950 Millionen beteiligt ist - obwohl das Grundgesetz dies verbiete. Würde S21 nicht gebaut oder die Mitfinanzierung des Landes entfalle, dann

stünden diese Mittel dem Land für andere Zwecke zur Verfügung.

Er habe sich auch nicht gegen die Riedlinger Klinik ausgesprochen. Bei Landeshaushaltsberatungen habe er eine Aufstockung der Zuschüsse für kommunale Krankenhäuser beantragt, was jedoch CDU und FDP ablehnt hätten. „Zu allen Aussagen kann ich Landtagsdokumente vorlegen. Gerne lade ich die JU zum Nachhilfeunterricht ein“, so Schlachter.

Bei der Krankenhausdebatte im Kreistagsausschuss, so außerdem die Wahrnehmung des Riedlinger Grünen Roland Uhl, hätten CDU-Kreisräte wie Wersch, Engler, Denzel und Matheis gegen die Finanzierung von Defiziten dezentraler Krankenhausstrukturen gesprochen. „Die JU-Buben“, so Uhl, „sollten erst einmal in den Reihen der CDU-Kreistagsfraktion fragen, wie man dort zum Krankenhaus Riedlingen steht, anstatt Stellungnahmen von grünen Kreisräten einzufordern“.

52 25.02.2011 Lesermeinung

Hurra-Patriotismus ist ein Armutszeugnis

Zur Infoveranstaltung von Eugen Schlachter und Boris Palmer und der Kritik der Jungen Union:

Auch wenn es die JU nicht wahrhaben will: Das Land Baden-Württemberg zahlt aus dem eigenen Haushalt über 800 Millionen Euro für die Tiefenerlegung des Bahnhofes und fast eine Milliarde Euro für die weniger umstrittene Neubaustrecke Stuttgart-Ulm. Geld, das im Land für dringende andere Vorhaben fehlt und entgegen der Behauptungen nicht in andere Bundesländer fließt.

Im übrigen sollten die Befürworter einer solchen Geldverschwendung für einen nachweislich weniger tauglichen Tiefbahnhof den Bericht der SZ vom 22. Februar „Deutschlands Schulden steigen“ lesen und sich den vorzüglichen Kommentar der SZ hierzu „weit über unsere Verhältnisse ...“ hinter die Ohren schreiben.

Dieser Hurra-Patriotismus für alles technisch (vielleicht) Machbare - aber nicht Notwendige - ist ein Armutszeugnis für den politischen Nachwuchs derer, die bisher meinten, immer aus dem Vollem schöpfen zu können. Es ist ein Irrtum der CDU-Funktionäre und ihrer Nachwuchs-Organisation, wenn sie behaupten, nur die „Grünen“ seien immer „gegen etwas“.

Nein - die Erkenntnis, dass es nicht so weiter gehen kann, hat parteiübergreifend die nachdenklichen Bürger erfasst, die mit dem Geld als auch mit den Ressourcen und der Natur im Interesse künftiger Generationen vernünftiger umgehen wollen. Noch haben die JU-Mitglieder die Chance, sich diesem Trend nach mehr Vernunft wenigstens anzuschließen, auch wenn sie der Speerspitze weit hinterher hinken.
Ottmar Haberbosch, Riedlingen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
Leserzuschriften stellen keine redaktionellen Beiträge dar. Anonyme Zuschriften können wir nicht veröffentlichen.

Ihre Redaktion